MAGAZINE

HAUS DER NATIONALVERSAMMLUNG
DER REPUBLIK SERBIEN

100 JAHRE ENTFERNT
Serbien will in die EU und kämpft mit der Korruption.

DER WESTLICHE BALKAN 2020
Eine Übersicht.

MEINUNG
Der westliche Balkan gehört in die EU.

BERICHT
EZA-Konferenz in Brüssel mit EU-Kommissar Nicolas Schmit.

INTERVIEW
EZA-Präsident Luc Van den Brande über Erwartungen an die neue Kommission.

AUSSICHT
Wie die dänische Gewerkschaft KRIFA gute Führungskräfte ausbildet und sich damit neu erfindet.

AUSGABE 1/2020

Liebe Leserinnen und Leser,

voller Stolz präsentieren wir Ihnen die erste Ausgabe des neuen EZA-Magazins - in Zukunft wollen wir Sie dreimal pro Jahr in einem neuen Stil und Layout, moderner und spannend über unsere Aktivitäten informieren und Ihnen Entwicklungen und Geschichten aus den Ländern unserer Mitglieder präsentieren. In dieser Ausgabe wird es in einem Schwerpunkt besonders um die Länder des westlichen Balkans gehen - mit Reportagen, Infografiken und Meinungsartikeln. Außerdem berichten wir von unserer Konferenz in Brüssel: mit dem neuen EU-Kommissar Nicolas Schmit und Abgeordneten des Europäischen Parlaments diskutierten wir die Frage nach einem „Social Deal" für die europäischen Bürger/innen. Soweit die positiven Nachrichten.
Bedrückend ist für uns alle die Coronavirus-Krise, die derzeit Europa und die ganze Welt heimsucht. Leider müssen auch wir viele Seminare zum Schutz unserer Teilnehmer/innen und zur Eindämmung des Virus absagen. Denn auch für uns gilt: Gesundheit und Sicherheit stehen an allererster Stelle. Natürlich hoffen wir, dass wir weltweit den Virus möglichst rasch besiegen und damit diese Krise beenden können, und: dass die Folgen für die Wirtschaft, und damit auch für die Arbeitnehmer/innen, gemeinsam aufgefangen werden können. Lassen Sie uns hoffen, dass uns diese Krise näher zusammenrücken lässt. Lassen Sie uns europäisch solidarisch handeln.

Ich hoffe, dass Sie trotz alledem Gefallen an unserem neuen Magazin finden. Geben Sie uns Feedback, teilen Sie es, schicken Sie es weiter, wenn es Ihnen gefällt.

Ich wünsche Ihnen allen bereits heute ein gesegnetes Osterfest, und vor allem Gesundheit!

Ihre Generalsekretärin
Sigrid Schraml

INHALT

5
100 JAHRE ENTFERNT:
Serbien will in die EU und kämpft mit der Korruption.

8
DER WESTLICHE BALKAN 2020:
Eine Übersicht.

10
MEINUNG:
Der westliche Balkan gehört in die EU.

11
BERICHT:
EZA-Konferenz in Brüssel mit EU-Kommissar Nicolas Schmit.

17
INTERVIEW:
EZA-Präsident Luc Van den Brande über Erwartungen an die neue Kommission.

19
AUSSICHT:
Wie die dänische Gewerkschaft KRIFA gute Führungskräfte ausbildet und sich damit neu erfindet.

20
IMPRESSUM

100 JAHRE VON DER EU ENTFERNT

Wie prekäre Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor den EU-Beitritt Serbiens gefährden

ARBEITNEHMER ZWEITER KLASSE, KORRUPTION UND INEFFIZIENZ - DER ÖFFENTLICHE DIENST HAT IN SERBIEN MIT VIELEN PROBLEMEN ZU KÄMPFEN. DAS KÖNNTE SOGAR DEN BEITRITTSPROZESS DES LANDES IN DIE EU DEUTLICH VERLANGSAMEN. ÜBER EIN LAND, DAS LERNEN MUSS, SICH NEU ZU VERWALTEN.

TEXT: Lukas Fleischmann
BILDER: Lukas Fleischmann

Belgrad - Es ist ein architektonisches Ausrufezeichen für Serbiens Hauptstadt Belgrad und trägt den mondänen Titel „Belgrade-Waterfront“. Am Save-Ufer ragen bereits mehrere moderne Hochhäuser in die Luft und es sollen noch weitere dazu kommen. Am Beispiel dieses neuen Stadtviertels zeigt sich, dass Serbien weg will vom Klischee des armen Ex-Jugoslawien hin zu einer modernen westlich geprägten Nation, mit Luxus-Penthouses für die Wohlhabenden am Flussufer - am besten als Mitglied der Europäischen Union. Doch selbst das ambitionierteste Projekt kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Serbien mit schwerwiegenden Problemen zu kämpfen hat. Eines davon ist die prekäre Arbeitssituation des öffentlichen Dienstes. „Personen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, gelten bei uns als Arbeitnehmer zweiter Klasse. Das ist noch ein Klischee, das sich aus der kommunistischen Zeit gehalten hat“, sagt Miodrag Gubijan. Er ist Jurist, Gewerkschaftler und arbeitet in der Gemeindeverwaltung seiner Heimatstadt Prokuplje mit rund 28.000 Einwohnern. „Selbst mit Hochschulabschluss bekommt man in der öffentlichen Verwaltung nicht mehr als 470 Euro Gehalt im Monat, mit Mittelschulabschluss bis zu 240 Euro. Wie soll man von diesem Gehalt leben?“ Die Folgen dieser niedrigen Besoldung sind nicht nur fehlendes Personal, und damit eine langsame Verwaltung, sondern auch grassierende Korruption. Laut des Korruptionsindexes von Transparency International liegt Serbien auf Platz 87 hinter der Türkei, Benin oder China und hat sich seit 2015 kontinuierlich verschlechtert. Keine gute Werbung für das Land, das seit 2012 Beitrittskandidat der Europäischen Union ist.

Reformen und die freie Wirtschaft

Die Regierung Serbiens ging eine radikale Reform der öffentlichen Verwaltung 2015 an. Das Ziel: Entschlackung, gesteigerte Effizienz, weniger Vetternwirtschaft. „Ich komme aus der kommunalen Selbstverwaltung“, sagt Bojan Stević, Staatssekretär im Ministerium für öffentliche Verwaltung in der Regierung von Präsident Aleksandar Vučić, „Wir wollen mit dieser Reform für Transparenz kämpfen. Wir haben ein komplett neues Verwaltungssystem eingeführt.“ Vorher habe man gar nicht so genau gewusst, wer alles der im öffentlichen Dienst arbeitet. Mit der Reduzierung des Personals habe man eine effizientere und moderne Verwaltung angestrebt. „Natürlich ist es nicht leicht, so viele Menschen zu entlassen, aber es war nötig.“ Was man gegen die steigende Korruption machen könne? „Die gibt es in anderen Ländern auch und ich bin hier in meinem Ministerium nicht dafür zuständig“, sagt Stević.

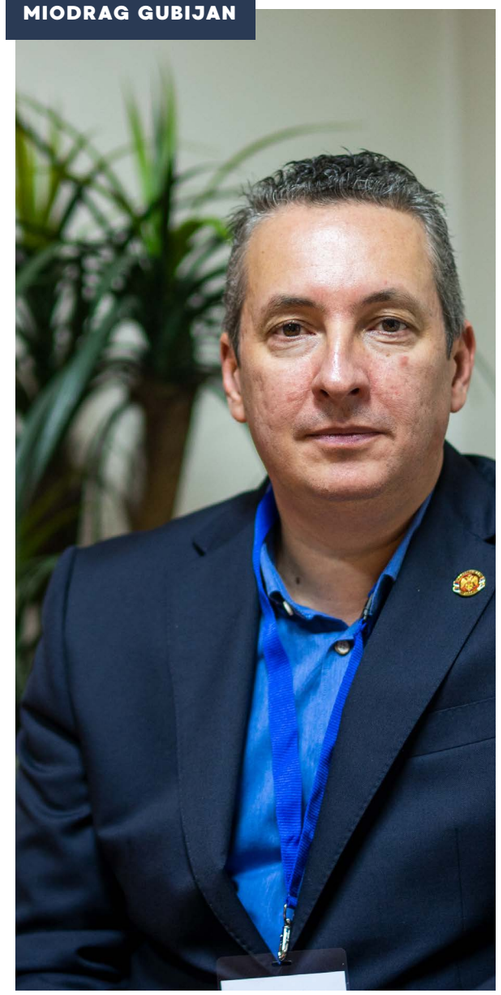
Mehr Verwaltung für die EU

Eine effiziente Verwaltung ist auch für die EU-Kommission ausschlaggebend für weitere Fortschritte im Beitrittsverfahren des Landes, wie aus dem EU-Serbien Fortschrittsbericht 2019 hervorgeht. Doch so richtig funktionieren will das alles noch nicht. Der Vorwurf von Arbeitnehmerverbänden: Mehr Arbeit für das gleiche oder sogar weniger Geld und personelle Unterbesetzung.
„Das ist in einem Rechtsstaat kein erfolgreiches Programm“, sagt Fritz Neugebauer, Präsident von EUROFEDOP (European Federation of Public Service Employees). Die Regierungen des westlichen Balkans – nicht nur Serbiens – müssten den ehrlichen und wertschätzenden Dialog mit den Beschäftigten führen. Zusätzlich zur Reduktion des Personals verlangsamt ein zehnjähriger Einstellungsstopp die öffentliche Verwaltung. „Der durchschnittliche Bedienstete hier ist über 50“, sagt Miodrag Gubijan, Mitglied im Gewerkschaftskongress Serbiens, „und dann gibt es einen zehnjährigen Einstellungsstopp? Die Reform ist völlig falsch aufgestellt.“ Eine weitere Maßnahme seitens der Regierung Serbiens war die Einführung einer Akademie für den öffentlichen Dienst. Dort sollen Mitarbeiter weitergebildet werden und vor allem Digitalkompetenz erlangen, die ihre Arbeit erleichtern soll. „Wir schulen aber Leute, die in die Wirtschaft wechseln, weil das Gehalt so viel höher ist“, sagt Gubijan.

„WIR SIND NICHT FÜNF JAHRE, SONDERN 100 JAHRE VOM EU-BEITRITT ENTFERNT“,
– MIODRAG GUBIJAN.

Zusätzlich fehle es gerade in Behörden oft an elementarsten Dingen wie genügend Computer oder Druckerpatronen. Wirtschaftswissenschaftler William Bartlett von der London School of Economics hat die Auswirkungen dieser Reformen seit 2015 untersucht. Der Experte für den Westbalkan zeichnet ebenso ein düsteres Bild der Lage: „Auf den ersten Blick sieht die Reform wie ein wirtschaftlicher Erfolg aus. Aber wenn man genau hinsieht, dann erkennt man, dass es jetzt zwar mehr Arbeitsplätze im privaten Sektor gibt, die aber die verlorenen Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst nicht ausgleichen.“ Außerdem lasse sich feststellen, dass die Qualität der Bildung seit 2015 deutlich gefallen sei, weil es jetzt mehr Ineffizienz im Bildungssystem gebe. „Wir sind nicht fünf Jahre, sondern 100 Jahre vom EU-Beitritt entfernt“, sagt Miodrag Gubijan. Er fordert, den Einstellungsstopp aufzuheben, Gesetze in der Reform zu ändern und bessere Gehälter für die Bediensteten. Staatssekretär Bojan Stevićm verspricht diese Lohnerhöhungen, sagt aber im gleichen Atemzug: „Egal wie hoch das Gehalt ist, es reicht eben nie aus.“

MIODRAG GUBIJAN



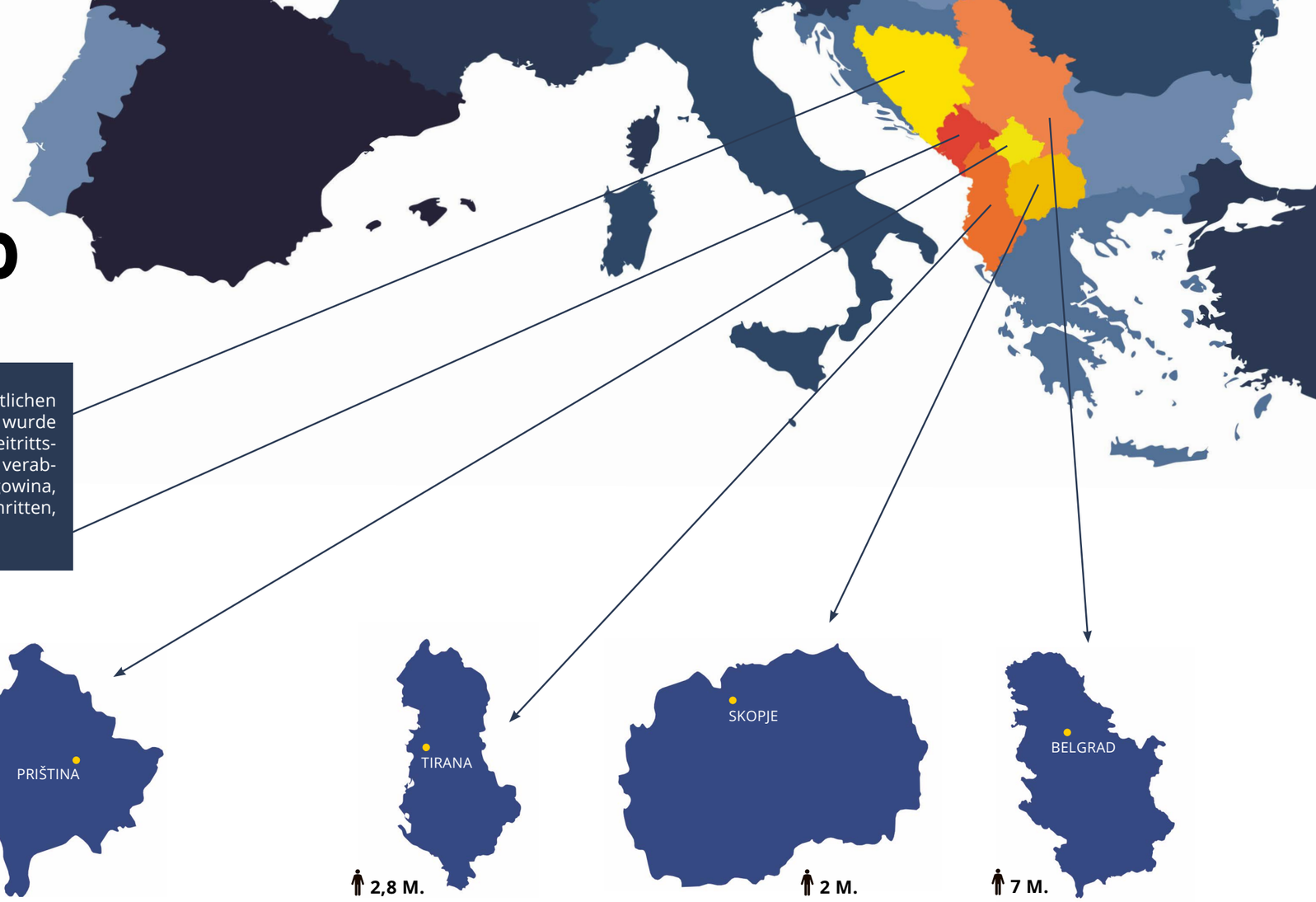
Ein Land am Scheideweg

Mehr als 40.000 Serben verlassen jedes Jahr ihr Land, um in der EU oder in einem anderen Teil der Welt zu leben. Seit Jahren schon sinkt die Zahl der Einwohner und damit auch der potentiellen Arbeitnehmer für den öffentlichen Dienst. Besonders schlimm ist die Situation in den ländlichen Gebieten abseits der Großstädte, wie in Gubijans Heimatstadt Prokuplje. In manchen Gebieten finde sich kaum mehr Personal für die Stadtverwaltung, beklagt er, „manchmal bin ich froh, dass wir noch kein Teil der Europäischen Union sind, weil sonst noch mehr Menschen wegziehen würden.“ Für den neuen Show-Stadtteil „Belgrade Waterfront“ scheint das jedenfalls nicht zu gelten, denn die schicken Wohnungen sind begehrt und gehen zu horrenden Preisen über den Tresen. Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes werden dort allerdings mit ihrem Gehalt sicherlich nicht zu den Käufern zählen.

Das EZA-Mitglied EUROFEDOP (European Federation of Public Service Employees) mit Sitz in Brüssel (BE) organisierte zu diesem Thema ein Seminar im Dezember 2019 in Belgrad. Das Ziel war, die Resilienz der Arbeitnehmer im westlichen Balkan zu stärken, für den sozialen Dialog zu werben und im gemeinsamen Erfahrungsaustausch Lösungsansätze für die prekären Verhältnisse im öffentlichen Dienst in Serbien zu entwickeln. Dieser Artikel entstand im Zuge des Seminars.

STAATSSEKRETÄR STEVIĆ

DER WESTLICHE BALKAN UND DIE EU – DER STATUS QUO 2020



Hintergrund für die Beziehungen der Europäischen Union mit den Ländern des westlichen Balkans ist der 1999 ausgerufene Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP). 2003 wurde auf der Tagung des Europäischen Rates bestätigt, dass alle SAP-Länder potentielle EU-Beitrittskandidaten sind. 2018 wurde die Strategie der Kommission für den westlichen Balkan verabschiedet, die in der Erklärung Sofia mündete. Die Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Kosovo und Serbien sind allerdings unterschiedlich weit fortgeschritten, was die Bedingungen für einen EU-Beitritt betrifft.

Bosnien & Herzegowina

Das Land ist das potentielle Bewerberland, das womöglich am weitesten vom EU-Beitritt entfernt ist. Wirkliche Fortschritte konnten bislang kaum erzielt werden. Das liegt unter anderem daran, dass die EU die Menschenrechtslage in Bosnien und Herzegowina kritisch sieht. 2016 reichte das Land einen Antrag auf Mitgliedschaft ein, allerdings gibt es aufgrund der „Unfähigkeit des Parlamentes von Bosnien und Herzegowina, sich auf die Geschäftsordnung für seine zweimal jährlich stattfindenden Treffen mit dem Europäischen Parlament zu einigen" keine wirklichen Fortschritte, wie das Europäische Parlament mitteilt.

Montenegro

Das Land, das 2006 unabhängig wurde, beantragte die Mitgliedschaft Ende 2008. Die Beitrittsverhandlungen wurden 2012 aufgenommen. Bis Ende 2018 wurden 25 von 32 Verhandlungskapiteln eröffnet. Im selben Jahr veröffentlichte die EU-Kommission einen Plan, dem zufolge Montenegro der EU bis 2025 beitreten könnte. Allerdings gilt dieser Zeitpunkt als sehr ambitioniert.

Kosovo

Die Situation im Kosovo lässt sich am ehesten mit der in Bosnien vergleichen, was den Fortschritt der Verhandlungen betrifft. Das Land, das 2008 einseitig seine Unabhängigkeit von Serbien erklärte, wird von fünf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nicht anerkannt (Zypern, Griechenland, Rumänien, Slowakei und Spanien). Allerdings konnten im Laufe der Jahre Fortschritte erzielt werden. Das „Abkommen von Brüssel" zwischen Pristina und Belgrad gilt als wegweisend. Die Mitgliedschaft in der EU ist seither eng mit dem geforderten Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo verknüpft, das in ein Abkommen über die Normalisierung der Beziehungen münden soll.

Albanien

Das Land beantrage 2009 die EU-Mitgliedschaft. Seit 2012 stellte die Kommission Fortschritte fest, die 2013 darin mündeten, dass das Land offizieller EU-Beitrittskandidat wurde. Im Juni 2018 stimmte der Rat der möglichen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien im Juni 2019 zu. Durch ein umstrittenes Veto von Frankreich konnten zugesagte Verhandlungen allerdings nicht beginnen. Justiz- und Rechtsstaatsreformen steckten in dem Land fest, bemängelten Kritiker.

Republik Nordmazedonien

Nordmazedonien gilt was den EU-Beitritt betrifft als eine Art Musterschüler des Balkans. Bereits 2005 erhielt es den Status eines EU-Beitrittskandidaten. Allerdings scheiterte die Aufnahme lange Zeit aufgrund eines Namenskonflikts mit Griechenland. Dieser wurde 2019 beigelegt und Mazedonien zu Nordmazedonien. Seit 2009 empfiehlt die Kommission die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Wie auch im Falle Albanien verhinderte das Veto Frankreichs die Aufnahme zugesagten Verhandlungen, was zu einer Regierungskrise und vorgezogenen Neuwahlen führte.

Serbien

Serbien erhielt bereits 2012 den Status eines Beitrittskandidaten, nachdem man sich mit Pristina über die Einrichtung einer regionalen Vertretung des Kosovos geeinigt hatte. 2016 wurden die Kapitel über die Rechtsstaatlichkeit eröffnet. Wie auch für Montenegro gilt das Jahr 2025 als mögliches Eintrittsdatum, was jedoch ebenso als ambitioniert betrachtet wird. Zentraler Konfliktpunkt bleibt weiterhin der Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo.

TEXT: Lukas Fleischmann
GRAFIK: Sofia Wunderling

MEINUNG: **WESTLICHER BALKAN GEHÖRT ZU EUROPA**

Die EU muss auf ihre Glaubwürdigkeit achten –
und sie darf nicht vergessen, dass auch andere Mächte aus anderen Teilen der Welt genau hinschauen, wie diese Region, die eindeutig zu Europa gehört, von der EU behandelt wird.

TEXT: Norbert Klein

Seit rund acht Jahren fördert EZA den sozialen Dialog in den Ländern des Westlichen Balkans, die Beitrittskandidaten für die Europäische Union (EU) sind. Die Herausforderungen hier sind vielfältig, sie reichen von der ablehnenden Haltung von Regierungen gegenüber dem sozialen Dialog über die noch immer laufende Überführung von staatlich geführten Unternehmen in die Privatwirtschaft bis hin zu einer instabilen Sozialpartnerschaft, die geprägt ist von Gewerkschaftszersplitterung einerseits und schwachen Arbeitgeberorganisationen andererseits. Das Erbe aus der Zeit des vormaligen, sozialistisch geprägten Jugoslawiens lastet noch immer auf den Nachfolgestaaten. Es darf nicht vergessen werden, dass die Entstehung der Staaten, die vormals Teile der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens waren, nicht gewaltfrei erfolgte. Dieser schmerzhafte Prozess, der für viele Menschen Tod, Verwundung, Vertreibung und Verlust bedeutet hat, ist im Denken vieler noch immer lebendig.

Auch Albanien durchlebt eine nicht minder gravierende Transformation, die die gesamte Gesellschaft erfasst. Der soziale Dialog im westlichen Balkan spielt sich insgesamt in einem stark wirkenden Umfeld politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformation ab und hat daher noch keinen stabilen Platz im Denken und Handeln der Gesellschaft. Erkennbar ist außerdem, dass gewaltige Herausforderungen in der Weiterentwicklung liegen, der Anpassung des Selbstverständnisses von Arbeitnehmerorganisationen an die Erfordernisse der heutigen Gesellschaften und des Aufbaus eines entsprechenden positiven Images durch glaubwürdiges Handeln. Dass sich viele Arbeitnehmer/innen im Westlichen Balkan vor diesem Hintergrund nach einem neuen politischen Ordnungsrahmen sehnten und sehnen, der demokratische Mitentscheidung, Rechtsstaatlichkeit, zukunftsfähige Lebensperspektiven und schließlich stabilen Wohlstand verspricht, ist nur allzu verständlich.Umso unverständlicher ist es nun, wenn die EU die Länder des Westlichen Balkan, die sich um den EU-Beitritt mühen, erneut auffordert, sich in Geduld zu üben. Und das, nachdem die Europäische Kommission (EK) noch vor rund zwei Jahren eine „Strategie für eine glaubwürdige Erweiterungsperspektive und für ein verstärktes Engagement der EU gegenüber dem westlichen Balkan“ verkündet hat.

Vor allem Albanien unternahm ernsthafte Anstrengungen, die Voraussetzungen für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zu schaffen. Mazedonien löste gemeinsam mit Griechenland den Konflikt um den Namen des Staates und nennt sich nun Republik Nordmazedonien. Die Lösung dieses Streites war EU-seitig über Jahre als Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen betrachtet worden. Und dann blockierte der französische Präsident Emmanuel Macron im November 2019 mit seinem Veto die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien. In der Region wächst eine Beitrittsmüdigkeit an. Deshalb ist es wichtig, dass EZA mit seinem Sonderprojekt zur Stärkung des sozialen Dialogs in der Region Westbalkan weiterarbeitet und auch dann ein Gefühl der Zugehörigkeit aufrechterhält, wenn die EU insgesamt Zweifel über Zeitpunkt und Rahmenbedingungen für künftige Beitritte aufkommen lässt.

MdEP Lukas Mandl aus Österreich hat es kürzlich so ausgedrückt: nicht die Länder im Westlichen Balkan müssen Geduld haben, sondern die EU muss sich beeilen, wenn es um die Integration der dortigen Länder in die EU geht. Die EU muss auf ihre Glaubwürdigkeit achten – und sie darf nicht vergessen, dass auch andere Mächte aus anderen Teilen der Welt genau hinschauen, wie diese Region, die eindeutig zu Europa gehört, von der EU behandelt wird.

EU-KOMMISSAR NICOLAS SCHMIT BEI EZA KONFERENZ

Die Forderung nach dem Social Deal.

EU- KOMMISSAR NICOLAS SCHMIT

TEXT: Norbert Klein
BILDER: Lukas Fleischmann

Als die neue EU-Kommission ihr Amt antrat, waren die Erwartungen hoch - insbesondere was die Europäische Sozialpolitik angeht. Denn die vorangehende Kommission unter Juncker hatte in diesem Politikfeld eine positive Bilanz hinterlassen. Auch für EZA stellte sich die Frage, wohin die Reise mit der neuen EU-Kommission gehen würde. Dazu lud EZA zur großen Konferenz „Europäischer Social Deal - Wo stehen wir heute?“ nach Brüssel. Prominenter Gastredner: EU-Kommissar für Beschäftigung und Soziale Rechte, Nicolas Schmit, der sagte „Ich werde auf euch hören, ich werde mit euch arbeiten.“ 100 Teilnehmer aus 20 europäischen Ländern diskutierten brandaktuelle Themen, wie den Europäischen Mindestlohn, die Zukunft des sozialen Europas und die sozial- und arbeitnehmerpolitischen Initiativen, die von der neuen Europäischen Kommission von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen begonnen wurden. Austragungsort war die Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union. Nicolas Schmit, Kommissar der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, machte klar, dass sich die EU in Bezug auf Digitalisierung und Klimawandel in einer Umbruchphase befinde und es darauf ankomme, diese gerecht zu gestalten und vor allem die sozialen Aspekte dieser Veränderungen in den Blick zu nehmen, damit alle als Gewinner/innen daraus hervorgehen können.

STELLVERTRETENDER VORSITZENDE VON EZA VESSELIN MITOV

DIE TEILNEHMER IM KONFERENZRAUM DER LANDESVERTRETUNG DES FREISTAATES BAYERN

Daher gelte es, Geschlechtergerechtigkeit und Jugendbeschäftigung in den Blick zu nehmen und eine starke Strategie zur Armutsbekämpfung zu erarbeiten. „Dazu brauchen wir faire Mindestlöhne, die ein würdiges Leben ermöglichen und die Förderung und Stärkung von Gewerkschaften und Arbeitnehmerorganisationen."

„Wir werden den Druck aufrechterhalten"

Eine erste Antwort darauf gab der internationale Sekretär der bulgarischen Gewerkschaft PODKREPA und stellvertretende Vorsitzende von EZA, Vesselin Mitov. Er ist außerdem Arbeitnehmervertreter im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und betonte die Bedeutung der Europäischen Säule sozialer Rechte. Mitov nannte die wachsende Unsicherheit in Bezug auf Arbeitsmarktzugänge und Arbeitsbeziehungen und Ungleichheit in der EU eine zentrale Herausforderung für die europäische Politik. Um unfreiwillige Migration innerhalb der EU zu bekämpfen, forderte er würdige Mindestlöhne und eine aufholende Lohnentwicklung, die nur vorangetrieben werden könne, wenn ein positives Klima des sozialen Dialogs überall vorhanden sei. Außerdem setzte er sich für eine verbesserte Jugendgarantie ein und rief die politisch Verantwortlichen dazu auf, rasch auf die Herausforderungen zu antworten. An den Kommissar gerichtet sagte er: „Wir werden Sie unterstützen. Wir werden aber auch den Druck aufrechterhalten." Ein stärkeres soziales Europa, wie es in der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) vorgezeichnet sei, wäre aus Sicht von Liina Carr, Verbandssekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ein wichtiger Beitrag zur Zukunft Europas und ein wirksames Mittel zur Demokratieförderung und zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

„Ein drängendes Problem für die EU ist die Armutsbekämpfung. Armut wirkt immer mehr grenzübergreifend. Mindestlöhne, die ein würdiges Leben ermöglichen, existieren vielfach nicht", sagt Carr. Löhne, die dies garantierten, gebe es nur mit Tarifverträgen. Gendergerechtigkeit sei nur zu erzielen, wenn tief verwurzelte gesellschaftliche Denkweisen verändert werden.

MITGLIEDER DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS (MDEP) CINDY FRANSSEN UND DENNIS RADTKE

Forderungen aus dem Europäischen Parlament

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) Cindy Franssen und Dennis Radtke riefen die Europäische Kommission dazu auf, die Umsetzung der ESSR zu beschleunigen und dafür eigene Finanzmittel bereitzustellen. Es dürfe nicht sein, dass für den „Just Transition Fund" im Rahmen des Green Deals Mittel des Europäischen Sozial Fonds (ESF) umgewidmet werden sollen. Neben der Frage nach fairen Mindestlöhnen in Europa sei es wichtig, die Tarifbindung in Europa zu erhöhen, unterstrich auch Dennis Radtke. Es brauche einen Neustart für den sozialen Dialog. MdEP Radtke forderte angesichts der in Folge des von Kommissionspräsidentin von der Leyen initiierten „Green Deal" drohenden Arbeitsplatzverlusten die Schaffung neuer, guter Arbeitsplätze.

Zur Koordinierung der Sozialversicherungssysteme ist eine neue Richtlinie in Vorbereitung. Darin sollen allgemeine Prinzipien beschrieben sowie Leistungen für Arbeitslose, Familien und bei Pflege geregelt werden. Darüber hinaus sollen Möglichkeiten zur Kombination von Ansprüchen verschiedener Mitgliedsstaaten geschaffen werden und Regelungen gegen Leistungsmissbrauch und bei Irrtümern gefunden werden. Bei der Koordinierung der Mindestlöhne in der EU ist die Kommission vor allem bestrebt, Arbeitnehmer/innen, die nur über geringe Verhandlungsmacht verfügen, zu schützen. Bei der Festlegung von Mindestlöhnen stelle sich die Frage, was ein angemessener Lohn sei, wie die Sozialpartner in die verbindliche Festlegung von Mindestlöhnen eingebunden seien und welche Reichweite die Abdeckung hat. Nach Auffassung von Arbeitnehmerorganisationen müsse sich der Mindestlohn an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten orientieren; eine alleinige Ausrichtung auf einen prozentualen Medianlohn führe vor allem in Niedriglohnländern zu viel zu niedrigen Mindestlöhnen. Von der EU wird ein rechtlich bindendes Instrument gefordert, das Mindestlöhne in Europa regelt. Die Arbeitnehmerorganisationen sind der Auffassung, dass sie ein Impuls für eine positive Lohnentwicklung sein können. Eine möglichst breite Abdeckung der Arbeitnehmerschaft mit Tarifverträgen, ausgehandelt im sozialen Dialog, sei jedoch unverzichtbar.

Bildung in Zeiten der Digitalisierung

Letzter Diskussionspunkt der Konferenz war die Bildung in Zeiten der Digitalisierung: Das digitale Zeitalter erfordert es, dass die Bildungssysteme sich sowohl in ihrer Ausrichtung als auch hinsichtlich der Inhalte und der eigenen Infrastruktur mit der digitalen Durchdringung aller Lebensbereiche auseinandersetzen und geeignete Schritte ergreifen. In Bezug auf die Arbeitswelt können qualitative Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt beobachtet werden. Der soziale Dialog gerät durch sich verschiebende Kräfteverhältnisse unter Druck.

„DIE KOMMISSION WILL MIT UNS ZUSAMMENARBEITEN“

EZA-Präsident Luc Van den Brande über die EZA-Konferenz in Brüssel.

EZA-PRÄSIDENT
LUC VAN DEN BRANDE

INTERVIEW: Lukas Fleischmann
BILDER: Lukas Fleischmann

EZA: Luc, 2020 gibt es von EZA viele neue Initiativen. Eine davon war die Konferenz in Brüssel, bei der Vertreter aus Politik, NGOS, Gewerkschaften und Bildungsorganisationen zusammen kamen. Wie war dein Eindruck dieser Veranstaltung?

Luc: Das war in der Tat eine Innovation für uns. Unsere Zentrale ist Königswinter, ein netter Ort am Rhein für die tägliche Arbeit von EZA und eine richtige Umgebung, um über die Zukunft Europas nachzudenken. Aber die Dinge geschehen meistens nun einmal hier im Brüssel - nicht nur wenn wir über die Kontakte mit Politikern und Institutionen reden, sondern auch über die Kontakte zu zivilgesellschaftlichen und sozialen Organisationen. Es war für uns immens wichtig, in der europäischen Hauptstadt Präsenz zu zeigen.

EZA: Alle möglichen Interessenvertreter kamen - trotz Corona-Sperre im Europäischen Parlament - aus verschiedenen Fraktionen, Institutionen und Organisationen zur Konferenz. Was sagt Dir das über das Interesse an uns?

Luc: Man sieht wie wichtig sozialpolitische Anliegen wie die Europäische Säule sozialer Rechte für ganz Europa sind. Ich denke, dass die vorangegangene Kommission unter Juncker, und im speziellen unter Kommissarin Thyssen, eine hervorragende Arbeit geleistet hat, diese Politikfelder wieder ins Zentrum zu rücken. Ich bin außerdem davon überzeugt, dass diese Arbeit von der neuen Kommission von der Leyen fortgeführt wird. Dass EU-Kommissar Nicolas Schmit präsent war, zeigt, wie wichtig dafür die Zusammenarbeit mit Organisationen wie EZA sein kann.

EZA: Sprechen wir kurz über die Rede von EU-Kommissar Schmit: Was war dein Eindruck nach dieser Rede?

Luc: Zunächst einmal sollten wir die neue Kommission nicht mit der alten vergleichen. Nicolas Schmit weiß aber, dass es große Erwartungen an die neue Kommission und damit auch an ihn gibt. Aber ich bin davon überzeugt, dass er die Europäische Säule sozialer Rechte nicht nur konsolidieren will, sondern auch verbessern will. Mein Eindruck war, dass es ihm wichtig ist, sich so intensiv wie möglich mit den Mitgliedsländern auf regionalem und lokalem Niveau auszutauschen und auch mit sozialen Organisationen zusammenzuarbeiten. Oftmals gibt es gewisse Animositäten von einer Kommission zur nächsten. Hier habe ich den Eindruck, dass das nicht der Fall ist. Die erfolgreiche Arbeit wird weitergeführt werden.

„OFTMALS GIBT ES GEWISSE ANIMOSITÄTEN VON EINER KOMMISSION ZUR NÄCHSTEN. HIER HABE ICH DEN EINDRUCK, DASS DAS NICHT DER FALL IST. DIE ERFOLGREICHE ARBEIT WIRD WEITERGEFÜHRT WERDEN.“

EZA: Vor welchen Herausforderungen steht die neue Kommission?

Luc: Die sind natürlich vielfältig. Ein Punkt, den mir Nicolas Schmit im persönlichen Gespräch deutlich machte, ist die Verhinderung oder Überwindung einer Spaltung zwischen den westeuropäischen Ländern auf der einen und den zentral-osteuropäischen Mitgliedsstaaten und den Ländern des westlichen Balkans auf der anderen Seite. Was wir gerade erleben ist ein Übergang, der Green-Deal von Ursula von der Leyen ist nur ein Punkt von vielen. Ich denke, dass es auch einen Social Deal geben muss, der dafür sorgt, dass Übergänge fair und gerecht für alle Europäer vonstattengehen.

EZA: Welche Bedeutung schenkt die neue Kommission EZA?

Luc: Kommissar Schmit machte deutlich, dass er mit uns zusammenarbeiten will und auf uns hören will. Wir haben unsere Mitglieder mitten in der Gesellschaft. Wir vertreten das Bottom-Up-Prinzip in der Europäischen Union. Ich denke, dass unsere Erfahrungswerte hoch sind und dass deswegen einer engen Kollaboration nichts im Wege steht. Aber natürlich möchten wir nicht nur Worte und Willensbekundungen der Kommission sehen, sondern auch Taten.

„GOD ARBEJDSLYST“ - GUTE ARBEITSSTIMMUNG IN DÄNEMARK

Warum guter Führungsstil nicht nur Mitarbeiter gesund macht, sondern auch die Zukunft von Gewerkschaften ist.

TEXT: Lukas Fleischmann
BILDER: KRIFA

Larnaka/Zypern - Stellen Sie sich einen Kollegen vor, der nach einer Unterhaltung mit dem Chef mal wieder genervt an seinen Arbeitsplatz zurückkehrt. Oder eine Kollegin, die sich von ihrem Vorgesetzten nicht wertgeschätzt fühlt. Keine Seltenheit im Arbeitsleben. Häufig ist nicht einmal die Arbeit per se das Problem, sondern dass es Arbeitnehmern an Sinn in ihrer Arbeit fehlt. Der ist zentral für die Zufriedenheit der Mitarbeiter/innen und den wirtschaftlichen Erfolg einer Organisation. „Sinn ist, wenn der Moment wertvoll, und die Zukunft vielversprechend ist“, sagt der dänische Professor für Psychologie Hans Henrik Knoop. Beim dänischen EZA-Mitglied KRIFA steht Sinn mittlerweile an oberster Stelle. Mit dem Prinzip „God Arbejdslyst“ (Gute Arbeitsstimmung) versucht die Gewerkschaft nicht nur das Arbeitsklima zu verbessern, sondern auch ein Zukunftsmodell für Gewerkschaftsarbeit an sich zu etablieren. KRIFA-Präsident Søren Fibiger Olesen sagt: „Eines der größten Bedürfnisse eines Mitarbeiters/einer Mitarbeiterin an einen modernen Arbeitsplatz ist Zufriedenheit mit der Arbeit. Viele Arbeiter erfahren aber einen schlechten Führungsstil und eine schlechte Work-Life Balance. Wenn wir als moderne Gewerkschaft KRIFA dort ansetzen können, verbessern wir nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern werden auch relevanter für unsere Mitglieder.

Selbst- und Fremdwahrnehmung

Vergleicht man die Selbst- und Fremdwahrnehmung von Chefs und Angestellten, geht das häufig weit auseinander. 80 Prozent aller Chefs würden sich ein gutes Zeugnis ausstellen, 61 Prozent der Angestellten sind ganz anderer Meinung, wie eine mehrjährig angelegte Studie von KRIFA ergibt. Auf die Frage, ob Angestellte ihre eigene Führungskraft einstellen würden, antworten 42 Prozent mit „Nein“. Es zeigt sich also, dass der emphatische Chef, der die Bedürfnisse seiner Arbeitnehmer /innen kennt und sie anspornen sollte, häufig eine Illusion ist. Dabei sind sich Arbeitswissenschaftler einig: Wer seinen Chef als schlecht empfindet, arbeitet weit weniger produktiv. „Wir haben Berater angestellt, die unseren Mitgliedern bei Stress mit Vorgesetzten und Work-Life-Balance-Fragen helfen“, sagt Olesen, „Gleichzeitig haben wir die App ‚Gais‘ entwickelt, die Job-Zufriedenheit misst und Dir Vorschläge gibt, sie zu verbessern.“ Die Ergebnisse der Studien und die gesammelten Daten der App unterstreichen dabei nicht nur, wie wichtig der emphatische Chef ist, sondern auch, dass die Neuausrichtung KRIFAs der richtige Kurs zu sein scheint. „Wir haben unsere Selbstwahrnehmung als Gewerkschaft, unsere Angebote und Herangehensweisen verändert. Tarifverhandlungen sind einfach nicht mehr genug“, sagt Olesen, „Wir sind jetzt zusätzlich Well-being Dienstleister für unsere Mitglieder.“ Durch Coachings gelangen die Erkenntnisse an die Führungskräfte oder direkt an die Arbeitnehmer.

Vier Dimensionen einer guten Führungskraft

Bedeutung und Richtung, Beteiligung und Freiheit, Aufmerksamkeit und Feedback und der Chef als Vorbild - das sind die vier Dimensionen guten Führungsstils. „Wenn der Chef diese Dimensionen abbildet, erfahren Angestellte die größte Jobzufriedenheit und das sorgt für gute Arbeitsstimmung“, sagt Olesen.

Vorbild für andere Länder

„Als wir unsere neue Mission angefangen haben, waren unsere Mitglieder und auch wir sehr aufgeregt, und wir sind es immer noch“, sagt Olesen. Viele hätten nicht so richtig verstanden, worum es da eigentlich ginge. „Wir mussten selbst erst unseren Weg finden, und die Reise geht natürlich stetig weiter.“ Tatsächlich eigne sich das Modell zunächst erst einmal für Länder, in denen die Arbeitsbedingungen, Lohn und Arbeitsstunden gut seien. „Es ist wichtig zu erwähnen, dass niemand einfach ein Modell kopieren kann und in einem anderen Land einfügen kann“, so der KRIFA-Präsident. Aber: „God Arbejdslyst kann eine Inspiration sein für Arbeitnehmerorganisationen anderer Länder, ihren ganz eigenen neuen Weg zu finden, relevanter für ihre Mitglieder zu werden.“

KRIFA-PRÄSIDENT SØREN FIBIGER OLESEN

Das EZA-Mitglied KRIFA (Kristelig Fagbevægelse) mit Sitz in Kopenhagen (DK) organisierte zu diesem Thema ein Seminar im Februar 2020 in Larnaca, Zypern. Gegenstand des Seminars war guter Führungsstil, und warum gute Führungskräfte nicht nur für die Gesundheit der Arbeitnehmer/innen von Vorteil, sondern auch ökonomisch sinnvoll sind.

MAGAZINE

IMPRESSUM

Herausgeber
EZA – Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen
Johannes-Albers-Allee 2 53639 Königswinter
Tel. +49 - 22 23 - 29 98 - 0
Fax +49 - 22 23 - 29 98 - 22
E-Mail: eza@eza.org www.eza.org

Redaktion
Sigrid Schraml (verantw.),
Lukas Fleischmann, Matthias Homey,
Norbert Klein, Victoria Znined

Editorialdesign & Grafik
Sofia Wunderling, 40227 Düsseldorf
wunderling.myportfolio.com

Fotos
EZA/Lukas Fleischmann

Erscheinungsweise
Jährlich 3 Ausgaben
Diese Publikation wird von der
Europäischen Union finanziell unterstützt.